

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2024, lt. REAB 2023; Dr. Wolf hat mittlerweile die Kanzlei PHH verlassen

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
REAB 2023 Ergebnishaushalt (Seite 105, Differenz vom Fin.hh zum Erg.hh), lt. Schreiben des Bgm. vom 26.3.2024 27.600 €?, Klarheit wird der REAB 2024 im Frühling 2025 geben	17.714 €

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2023

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
31.01.2023: Gemeinderatssitzung zur weiteren Vorgehensweise bei meinem Auskunftsbegehren (Dr. Wolf anwesend), kein dringlicher Antrag für Beratungskosten vor dem einzigen nicht-öffentlichen TO-Punkt	
Erstellung Vorlagebericht an das LVwG (vermutlich größtenteils übernommen vom Vorlagebericht an das LVwG vom 14.02.22)	
2023: Beschluss in der nicht-öffentlichen Sitzung vom 21.06.2022, lt. Schreiben des Bgm. vom 25.4.2023 wurden 27.537,21 € erst im Jahr 2023 bezahlt; lt. Schreiben vom 26.3.2024 9.823 €	9.823 €
12.06.2023: Verhandlung vor dem LVwG, mehr als 5 Stunden Verhandlungsdauer, für die Gemeinde sind Dr. Wolf und zwei weitere Rechtsanwältinnen der Kanzlei PHH anwesend	
16.10.2023: Beschluss der Überschreitungen in der GR-Sitzung; 166.000 € für den Rechts- und Beratungsaufwand Ergebnishaushalt, Datum der Beschlussfassung im REAB 31.12.2023.	
Gesamtsumme „ Rechts- und Beratungskosten“ 2023 lt. REAB 2023 (Seite 105) Fin.haushalt, Erg.haushalt 166.700 €	149.000 €

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2022:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
14.02.2022: Erstellung Vorlagebericht an das LVwG (größtenteils vermutlich übernommen vom Vorlagebericht an den Vorstand vom 11.08.2021), 6 Seiten, wurde mir vermutlich irrtümlich zugesandt	42.107,64 (lt. REAB 2022, Seite 287)
Beratungskosten Beschluss nicht-öff. TO-Punkt GR-Sitzung 21.06.2022; Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Sitzung? (im Protokoll nicht ersichtlich)	
18.11.2022: Bescheid und Auskunftserteilung Gemeinderat, insgesamt 15 Seiten	wurde lt. Bgm. erst 2023 bezahlt
GR-Sitzung am 14.11.22, nicht-öff. TO-Punkt; Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Sitzung	
Offene Rechnung zum 31.12.2022 (vermutlich 2021, siehe REAB 2021, Differenz Ergebnis- zu Finanzierungsrechnung) PHH Rechtsanwälte lt. Auskunft des Bgm. am 28.3.2023	5.979 €
Gesamtsumme „ Rechts- und Beratungskosten“ 2022 lt. REAB 2022 Finanzierungsrechnung, im Ergebnishaushalt 81.931 € (Seite 93)	72.100 €

Zahlungen an Dr. Annika Wolf, Kanzlei PHH, 2021:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
02.6.21: Auskunftserteilung zu meinen vier Auskunftsbegehren, insgesamt 21 Seiten, alle vier Antworten sind belegbar unrichtig	
08.6.21: vier Bescheide; insgesamt 19 Seiten; lt. Erkenntnis des LVwG falsche Behörde	
11.8.21: Berufungs- und Aktenvorlage an den Gemeindevorstand	
24.08.21: Gemeinderatsbeschluss GR-Sitzung 24.08.2021: Beratungskosten nicht öffentl., Anwesenheit von Dr. Wolf (auch für den Baurechtsvertrag); Kosten siehe Prüfungsausschuss-Bericht v. 08.04.2022 (Seite 3)	70.000 €
17.12.21: Berufungsbescheid des Gemeindevorstandes; 11 Seiten; vermutlich Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Vorstandssitzung	
Rechnungsabschluss 2022, nicht genehmigte, überplanmäßige Beratungskosten – Siehe Prüfungsausschuss-Bericht v. 08.04.2022	57.000 €
Gesamtsumme „Beratungskosten“ 2021, siehe Antwort Bgm. auf meine Stellungnahme zum REAB 2021 v. 05.04.2022	126.946,01 €

Die Zahlen sind sehr undurchsichtig, alle Angaben ohne Gewähr. Ich bitte um Info, wenn ich etwas falsch angegeben habe!

Summe der absurden „Beratungskosten“ lt. den bisherigen REAB: 2024 17.714 € + 2023 149.000 € + 2022 72.100 € + 2021 127.000 € = 365.814 €; zum Vergleich: Grundstückserlös 413.000 €, Rechtsanwaltskosten für die Nahwärme-Restrukturierung 2016-2018 269.000 €

Zu den Kosten 2023: 166.000 € Rechts- und Beratungskosten (Ergebnishaushalt): bei angenommenen ca. 430 €/Stunde ergibt das 386 Stunden, mehr als 32 Stunden im Monat? Wofür? Die Kosten für die **drei Rechtsanwältinnen** (lt. Auskunft von Kundigen absolut unüblich!) bei meiner Verhandlung vor dem LVwG: ca. 430 € (angenommen) x 3 RAinnen x 5 Stunden Verhandlung + ca. 2 Stunden Anreise + ? Stunden Vorbereitung ~ 10.000 € Kosten für die Gemeinde = für alle Gemeindebürger*innen. Für die Aussagen „Geld hat kein Mascherl“, „es ist nicht nachvollziehbar, wofür die Gemeinde 413.000 € ausgegeben hat“ wofür sonst noch? Meinen eigenen Anwalt habe ich selbst bezahlt (unter 4.000 €).

2022: 42.000 € für 6 Seiten Vorlagebericht (der mir vermutlich irrtümlich zugesandt wurde), beschlossen in einem nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt am 21.6.2022

2021: 127.000 € : 380 € (angenommen) = 334 Stunden! : 7 Monate = 48 Stunden/Monat für meine Auskunftsbegehren? (Trotzdem falsche Behörde)

Oder: 127.000 € : 60 Seiten (21 Seiten Auskünfte + 19 Seiten Bescheide + geschätzte 10 Seiten Aktenvorlage an den Gemeindevorstand + 11 Seiten Berufungsbescheid des Gemeindevorstands) = 2.100 €/Seite?? (oder ~5 Stunden Arbeitszeit/Seite)

Kommt nur mir das unverhältnismäßig vor? Viel Geld, um den Verbleib der Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf zu verbergen!?

16. Jänner 2023: Spaltung bei PHH <https://extrajournal.net/2023/01/16/gruender-prochaska-trennt-sich-von-phh-beraten-von-fsm/>

Stefan Prochaska zu Problemen in Unternehmen: <https://www.youtube.com/watch?v=-m82Ky40Z5g>